

§ 20 Vorläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO

A CHARAKTER DES VORLÄUFIGEN RECHTSSCHUTZES NACH § 123 VWGO

B. ERSCHENUNGSFORMEN DES VORLÄUFIGEN RECHTSSCHUTZES NACH § 123 VWGO UND VERHÄLTNIS ZUM VORLÄUFIGEN RECHTSSCHUTZ NACH §§ 80, 80A VWGO

C. DIE ZULÄSSIGKEIT EINES ANTRAGS NACH § 123 VWGO

I. Ordnungsgemäße Antragstellung

II. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

III. Zuständigkeit des Gerichts, § 123 Abs. 2 VwGO

IV. Beteiligtenbezogene Zulässigkeitsvoraussetzungen

V. Statthaftigkeit des Antrags

*1. Vorliegen der Voraussetzungen der Zuweisungsnorm des § 123
Abs. 5 VwGO*

2. Antragsart

a) Sicherungsanordnung

b) Regelungsanordnung

VI. Antragsbefugnis

VII. Vorliegen des allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses

**D. DIE BEGRÜNDETHEIT EINES ANTRAGS NACH § 123
ABS. 1 VWGO**

I. Anordnungsanspruch

1. Anspruchsgrundlage

2. Anspruchsvoraussetzungen

3. Bei Ermessensnormen: Ermessensreduzierung auf Null

II. Anordnungsgrund

III. Glaubhaftmachung von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund

IV. Entscheidungsbefugnis des Gerichts

1. Pflicht zur befürwortenden Entscheidung oder fortbestehendes Ermessen des Gerichts?

a) Stimmen der Lehre

b) Die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts und die Bedeutung von Art. 19 Abs. 4 GG

2. Entscheidungsgrenzen

a) Das Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache

b) Ausnahmen

aa) Ansprüche in Schul-, Hochschul- und sonstigen Ausbildungsverhältnissen

bb) Abwehr einer Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz des Antragstellers

cc) Termingebundene Ansprüche auf Nutzung öffentlicher Einrichtungen oder sonstige terminabhängige Entscheidungen

E. ENTSCHEIDUNG DES GERICHTS

I. Entscheidungsausspruch

II. Neben- bzw. Begleitentscheidungen

III. Entscheidungswirkungen

§ 21 Klagen mit Drittbezug

A. DER GEMEINSAME AUSGANGSPUNKT DIESER KLAGEN

B. DIE ABWEHR DRITTBELASTENDER VERWALTUNGS- AKTE

I. Fallkonstellationen

II. Mögliche Rechtsschutzformen

III. Klagebefugnis

C. DIE ABWEHR DRITTBEGÜNSTIGENDER VERWAL- TUNGS AKTE

I. Fallkonstellationen

II. Mögliche Rechtsschutzformen

III. Klagebefugnis

D. KLAGEN AUF ERLASS DRITTBELASTENDER VERWALTUNGSAKTE

I. Fallkonstellationen

II. Mögliche Rechtsschutzformen

III. Klagebefugnis

E. KLAGEN AUF ERLASS DRITTBEGÜNSTIGENDER VERWALTUNGSAKTE

I. Fallkonstellationen

II. Mögliche Rechtsschutzformen

III. Klagebefugnis

§ 22 Die Fortsetzungsfeststellungsklage bei erledigten Verwaltungsakten

A. CHARAKTER UND FUNKTION

B. VERHÄLTNIS ZUR ANFECHTUNGS- UND VERPFLICHTUNGSKLAGE

C. STATTHAFTIGKEIT

I. Erledigung des Verwaltungsaktes nach Klageerhebung

1. Begriff der Erledigung

2. Erledigung im Bereich der Anfechtungsklage: Fall des § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO

3. Analoge Anwendung auf erledigte Verpflichtungsbegehren

II. Erledigung des Verwaltungsaktes vor Klageerhebung

1. Analoge Anwendung im Bereich der Anfechtungsklage

2. Analoge Anwendung im Bereich der Verpflichtungsklage (sog. doppelte Analogie)

III. Unstatthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage bei erledigten Realakten

IV. Unstatthaftigkeit der Erledigungserklärung des Beklagten

D. ZULÄSSIGKEITSVORAUSSETZUNGEN IM ÜBRIGEN

I. Klagebefugnis

II. Erfordernis eines Vorverfahrens und Einhaltung der Widerspruchsfrist?

III. Besonderes Feststellungsinteresse

1. Wiederholungsgefahr

2. Rehabilitationsinteresse

3. Vorbereitung eines zivilrechtlichen Schadensersatzprozesses

4. Besonderes Feststellungsinteresse wegen der besonderen Grundrechtsrelevanz der Maßnahme?

IV. Klagefrist

E. BEGRÜNDETHEIT DER FORTSETZUNGSFESTSTELLUNGSKLAGE

I. Im Bereich der Anfechtungsklage

1. Rechtswidrigkeit des erledigten Verwaltungsaktes

2. Rechtsverletzung

II. Im Bereich der Verpflichtungsklage

1. Rechtswidrigkeit der Ablehnung oder Unterlassung aufgrund eines ursprünglich bestehenden, nunmehr erledigten Anspruchs

2. Rechtswidrigkeit der Ablehnung oder Unterlassung aufgrund eines Anspruchs auf Bescheidung

F. ENTSCHEIDUNGSAUSSPRUCH DES GERICHTS

G. PRÜFUNGSABFOLGE